

Zur Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland

Reinhard Körner, geb. 1946, studierte Sozialwissenschaften in Göttingen, Berlin und München. Er war seit 1978 wiss. Mitarbeiter am Internationalen Institut für Management und Verwaltung des Wissenschaftszentrums Berlin und ist seit 1981 beim Adolf-Grimme-Institut in Mari tätig.

Ulrich Spies, geb. 1947, studierte Sozialwissenschaften in Göttingen. Von 1977 bis 1979 war er wiss. Mitarbeiter am Internationalen Institut für Management und Verwaltung des Wissenschaftszentrums Berlin, seit 1979 ist er Geschäftsführer der Gesellschaft für Interdisziplinäre Sozialforschung (INTERSOFO), Berlin.

Daß sich andernorts gelegentlich Rassenkrawalle ereignen, erscheint für den durchschnittlichen Bundesbürger nicht verwunderlich; schließlich leiden

gerade die größten unserer westeuropäischen Nachbarn an kolonialen Spätfolgen, an ins ehemalige Mutterland getragenen sozialen Konflikten: die Holländer haben Probleme mit den Mollukern, die Engländer mit den Commonwealth-Mitgliedern vom indischen Subkontinent und aus Afrika, die Franzosen mit den Nordafrikanern. Insofern könnte „der Deutsche“ von Glück sagen, daß ihm derartige Erbschaften erspart geblieben sind, und zwar - historisch gesehen - als Ergebnis des verlorenen 1. Weltkriegs. Auf der anderen Seite haben sich die Deutschen trotz fehlender kolonialer Hypothek „internen Einsatz“ geschaffen; zentrales Objekt diskriminierender Aktionen und Zielscheibe feindseliger Haltungen sind immer mehr die gebetenen und gekommenen ausländischen Arbeitnehmer geworden, die zwar einerseits mitteleuropäisches Grau durch mediterrane Farben belebt haben, aber andererseits auch Temperamente und Lebensart mitbrachten, die sich von den unsrigen stark unterscheiden. Während somit Österreicher noch akzeptabel sein mögen, so sind es Italiener schon weniger, Griechen noch weniger, Türken im Grunde überhaupt nicht.

Bemerkenswert an der gegenwärtigen Zunahme der Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik ist die Tatsache, daß sie keineswegs nur oder in erster Linie bei organisierten Rechtsextremisten anzutreffen ist, in deren Feindbildkatalog sich jegliche Kategorie von „Fremden = Unnormalen“ schon immer wiedergefunden hat. Vielmehr scheinen die aktuellen Verunsicherungen durch ökologische und ökonomische Krisen die in Deutschland seit langem verbreitete politische Kultur, die obrigkeitsstaatlichen, vordemokratischen und autoritären Traditionen und antiliberalen Einstellungen verpflichtet ist, in einem Ausmaß wiederbelebt zu haben, das für die notwendige innere Ruhe und Gelassenheit bei der Lösung der Ausländerproblematik fürchten läßt.¹ Das erste Opfer, das durch diesen starken psychologischen Druck auf die Ausländer zu beklagen ist, nämlich die Türkin Semra Ertan, hat sich Ende Mai 1982 aus Protest gegen menschenunwürdige Behandlung in Hamburg selbst verbrannt; für die türkische Presse war dies die bisher tragischste Äußerung gegen die Erniedrigungen der 1,5 Millionen in der Bundesrepublik lebenden Türken.

Ausländerpolitik als spezifische Form der Arbeitsmarktpolitik

Der dynamische Prozeß des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und der damit einhergehende verstärkte Arbeitskräftebedarf stieß bereits frühzeitig an die Grenzen der national verfügbaren Reserven. Diese Entwicklung wurde durch

¹ Vgl. die Ergebnisse der Sinus-Studie über Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, zusammengefaßt in „Der Spiegel“ H. 12/1981; außerdem Volker Gransow/Claus Offe: Politische Kultur und Sozialdemokratische Regierungspolitik, in: Das Argument 128, Juli/August 1981, S. 551-564.

das plötzliche Versiegen des Ost-West-Flüchtlingsstroms, den Aufbau der Bundeswehr und schließlich den Bau der Berliner Mauer gravierend verschärft. Die deutsche Wirtschaft entschied sich in dieser Situation - anstelle von anderen theoretisch denkbaren wirtschaftspolitischen Maßnahmen - für den Import von ausländischen Arbeitskräften, der in den bilateralen Anwerbeverträgen zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Anwerbestaaten Süd- und Südosteuropas seinen rechtlichen Niederschlag fand.

Die Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik kann grob in drei Phasen unterteilt werden. Während der ersten Phase, die von der Mitte der 50er Jahre bis in die zweite Hälfte der 60er Jahre hineinreicht, wurden die „Gastarbeiter“ auf Wunsch der Unternehmen angeworben und überall dorthin vermittelt, wo ein Bedarf vorhanden war. Die Arbeitsmigranten kamen zunächst allein; in den Anwerbebüros der Bundesanstalt für Arbeit im Ausland hatte nur derjenige Bewerber eine Vermittlungchance, der jung genug war, bestimmte handwerkliche Fähigkeiten besaß und vor allem über einen tadellosen Gesundheitszustand verfügte. Die Sogwirkung des Lohngefälles veranlaßte nicht nur arbeitslose, meist unqualifizierte Arbeitskräfte zum Verlassen des Heimatlandes, sondern es kamen auch viele mit guten Qualifikationen.

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dieser „neuen sozialen Frage“ setzte etwa nach einer zehnjährigen Zeitverzögerung ein. In den Sozialwissenschaften wurde in diesen Jahren eine ausgeprägte Diskussion über die politökonomische Funktion der ausländischen Arbeitskräfte als industrielle Reservearmee im Marx'schen Sinne geführt.² Die Arbeits- und Lebenssituation der „Gastarbeiter“ war primär von dem Interesse an der Verwertung ihrer Arbeitskraft bestimmt. Noch im Jahre 1966 beschrieb der Vorsitzende des Arbeitskreises „Ausländische Arbeitskräfte“ bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände die Funktion und daraus resultierende soziale Position der Gastarbeiter folgendermaßen: „Der große Wert der Ausländerbeschäftigung liegt darin, daß wir hiermit über ein mobiles Arbeitskräftepotential verfügen. Es wäre gefährlich, diese Mobilität durch eine Ansiedlungspolitik größeren Stils einzuschränken.“³ Eine wesentliche Folge dieser Einschätzung bestand darin, daß die ausländischen Arbeitnehmer in rechtlicher und sozialer Hinsicht relativ ungeschützt waren und z.B. im Wohnbereich zunehmend Opfer gewinnstüchtiger Hausbesitzer und Vermieter wurden.

Die erste Phase der Ausländerbeschäftigung endete mit der Rezession 1966/67, als mehr als 300000 Ausländer aus ihrem Urlaub nicht mehr in die

² Paolo Cinnani: *Emigration und Imperialismus*. München 1971; Marios Nikolinakos: *Politische Ökonomie der Gastarbeiterfrage*. Reinbek 1973.

³ Ulrich Freiherr von Ginth. in: *Der Arbeitgeber*. H. 6/1966.

Bundesrepublik zurückkehrten. Zur gleichen Zeit diskutierten die großen gesellschaftlichen Gruppen (Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Kirchen) und die zuständigen Bundes- bzw. Länderministerien die Frage: Rotation oder Integration? Mehr oder weniger einstimmig entschied man sich für die soziale Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen.

Im Jahre 1968 setzte nach der nur kurzen Rezessionsphase ein erneuter, sprunghafter Anstieg der Zahl von angeworbenen Arbeitnehmern ein, die jetzt hauptsächlich aus der Türkei kamen und bis zum November 1973 (Anwerbestopp) zur größten Ausländergruppe wurden. Die ausländischen Arbeitnehmer hatten mittlerweile ihre Ehegatten und zum Teil auch ihre Kinder nachgeholt, so daß es zwangsläufig zu einer verstärkten Nachfrage nach billigem Wohnraum kam, was in einigen Großstädten ghettoähnliche Ausländerquartiere entstehen ließ. Als dadurch Engpässe in der sozialen Infrastruktur zutage traten, wurde die Rekrutierungspolitik zusätzlich an den Aufnahmekapazitäten der Städte und Gemeinden orientiert. Es kam jedoch nach dem Anwerbestopp im November 1973 nicht zu einer vergleichbar starken Rückwanderung der Ausländer wie 1966/67. Viele waren bereits seit mehr als fünf Jahren in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt und hatten damit neben einer Verfestigung ihrer formalen Rechtsposition gewollt oder ungewollt ihren Lebensmittelpunkt in der Bundesrepublik gefunden.

1976 wurde eine alle gesellschaftlich relevanten Gruppen einbeziehende Bund-Länder-Kommission gegründet, die ein umfassendes Integrationskonzept entwickeln sollte. Obwohl auch sie von der Priorität der arbeitsmarktpolitischen Integration ausging und neben einem umfangreichen Maßnahmenbündel als Hauptergebnis eine Verfestigung des arbeits- und aufenthaltsrechtlichen Status hervorbrachte, hatte die über längere Zeit geführte Diskussion in der Öffentlichkeit erste Ansätze einer Einstellungsänderung bewirkt. - Die zweite Phase endete etwa im Sommer 1977, wenige Monate nach der Veröffentlichung der Ergebnisse und Empfehlungen der Bund-Länder-Kommission. Die soziale Position der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen hatte sich zweifellos verbessert, denn der Beitrag dieser Beschäftigtengruppe zur Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards wurde weitgehend anerkannt. Auch die Verpflichtung zur gesellschaftlichen Integration der bereits hier lebenden Ausländer bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Anwerbestopps wurde von vielen akzeptiert. Zu einem plötzlichen Meinungsumschwung kam es im Herbst 1977, ausgelöst durch einen überraschend starken Andrang von organisiert eingeschleusten Asylsuchenden aus Ländern der Dritten Welt. Damit begann die bis heute andauernde dritte Phase, die durch eine wachsende Fremdenfeindlichkeit gekennzeichnet ist.

Verstärkt durch die allgemeinen Krisenerscheinungen werden die Ausländer zunehmend zu mißliebigen Konkurrenten im Bereich der sozialen Infrastruktur und auf dem Arbeitsmarkt.⁴ Während den Leistungsansprüchen der angeworbenen Ausländer eigene Beitrags- und Steuerzahlungen gegenüberstehen, wird den Asylsuchenden lediglich wirtschaftliches Schmarotzertum unterstellt. Als einzig wirksames Gegenmittel fordern weite Bevölkerungskreise die Abschiebung dieser Ausländergruppe.⁵

Etwa zur gleichen Zeit setzt ein verstärkter Nachzug von Ausländerkindern, überwiegend aus der Türkei, ein, für den die Bundesregierung mit der Kindergeldreform 1975 einen wesentlichen Grundstein gelegt hat.⁶ Der Ausländeranteil in Kindergärten und Schulen steigt kontinuierlich an und gefährdet nach Meinung vieler deutscher Eltern die Qualität der Erziehung und Ausbildung der eigenen Kinder.⁷ - Durch das Zusammentreffen dieser einzelnen Phänomene wird die ansatzweise Differenzierung zwischen verschiedenen Nationalitätengruppen und/oder Gründen des Aufenthalts der „Fremden im Lande“ zunichte gemacht. Die sozialstrukturell sehr heterogenen Ausländergruppen werden als homogene Fremdgruppe wahrgenommen, gegen die sich die Deutschen zur Wehr setzen müssen.

Vergangenheit und Gegenwart der Einstellung gegenüber Ausländern

Bedauerlicherweise ist eine systematische und dauerhafte Vorurteilsforschung, die die Einstellung gegenüber Ausländern in ihrer Entwicklung empirisch verfolgt hätte, nicht vorhanden. Bereits frühzeitig interessierte sich die Bundesanstalt für Arbeit, die das Vermittlungsmonopol für die angeworbenen Gastarbeiter besaß, für die Einstellung der deutschen Öffentlichkeit zu den ausländischen Arbeitnehmern. Sie führte auch eigene Erhebungen durch, die jedoch nach 1973 eingestellt wurden. Im Erfahrungsbericht 1966 heißt es: „Die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung ist sich bewußt, daß die Bundesrepublik Deutschland die bisher erzielten wirtschaftlichen Erfolge auch der Mitarbeit der ausländischen Arbeitnehmer zu verdanken hat... Vorurteile, die gegen die Ausländerbeschäftigung hier und da bestehen, haben sich weiter abgeschwächt und sind einer nüchternen Beurteilung gewichen.“⁸ Diese positive Schlußfolgerung steht im Gegensatz zum Aufstieg der NPD zu dieser

4 Daß der Abbau ausländischer Arbeitskräfte kein kurzfristig wirksames Mittel gegen die Arbeitslosigkeit darstellt, zeigt eine aktuelle Studie der OECD (FR vom 22.5.1981).

5 „Raus mit dem Volk“ - in der Bundesrepublik wächst der Haß gegen die Ausländer, in „Der Spiegel“ H. 38/1980, S. 19-26.

6 Ulrich Spies: Die soziale Sicherung der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland, in: G. Albrecht (Hrsg.): Das Düsseldorfer Reformprogramm zum Ausländerrecht, Bonn 1976, S. 131 — 146.

7 Ausländerkinder —..ein sozialer Sprengsatz“, in „Der Spiegel“ H. 43/1978, S. 86—94.

8 Bundesanstalt für Arbeit: Ausländische Arbeitnehmer - Beschäftigung. Anwerbung. Vermittlung, Erfahrungsbericht 1966. Nürnberg 1967, S. 23 f.

Zeit und zu den Ergebnissen einer breit angelegten Presseanalyse, die 1966-1969 vorgenommen wurde.⁹ In dieser Untersuchung wird eindrucksvoll die These bestätigt, daß negative Entwicklungen (Rezession, Arbeitslosigkeit, steigende Kriminalität etc.) systematisch auf Fremdgruppen abgewälzt werden. Die dabei vorgenommene Spezifizierung nach Nationalitäten führt zu einer relativ starren Skala, auf der die uns fremdesten Türken als Diskriminierungsobjekt an erster Stelle stehen.

Über einen längeren Zeitraum (1964-1971) wurde der verbreiteten Grundeinstellung der deutschen Bevölkerung gegenüber Ausländern erstmals durch eine repräsentative Erhebung des Instituts für Demoskopie Allensbach nachgegangen. Der Vergleich macht eine tendenziell negative Prädisposition deutlich: von sechs den Gastarbeitern am häufigsten nachgesagten Eigenschaften (laut; nicht sehr sauber, eher schlampig; hinter den Mädchen her; jähzornig, oft gewalttätig; sparsam; fleißig) sind vier eindeutig negativ besetzt. Dieses Ergebnis „zeigt treffend die ambivalente Haltung des Durchschnittsmenschen gegenüber jenen ausländischen Arbeitnehmern, die zwar als Gäste bezeichnet, nicht immer aber als solche behandelt werden. Man braucht sie im Arbeitsprozeß, und insofern ist man auch bereit, ihre Leistungen anzuerkennen. Gleichzeitig empfindet man sie jedoch als eine gewisse Last, von der man lieber heute als morgen befreit würde.“¹⁰

Die kontinuierliche Zuwanderung von Türken auch und gerade nach dem Anwerbestopp verengte im Verlauf der 70er Jahre das vielschichtige Gastarbeiterproblem im Bewußtsein der Öffentlichkeit mehr und mehr zu einem Türkenproblem. Auch die Medien trugen durch eine oft selektive, auf die Belange der Türken reduzierte Darstellung der Integrationsprobleme zur Verfestigung dieser Sichtweise bei. Ausländerpolitische Steuerungsmaßnahmen konzentrieren sich unter z.T. augenfälliger Vernachlässigung der ursprünglich eingewanderten ersten Generation auf die schulische, berufliche und gesellschaftliche Eingliederung der zweiten Ausländergeneration, die sich in noch stärkerem Maße aus türkischen Kindern und Jugendlichen zusammensetzt. Das Aufwachsen dieser jungen Ausländer zwischen zwei Kulturkreisen führt zu einem regelrechten Kulturkonflikt, der sich auch in einem zunehmenden abweichenden Verhalten bemerkbar macht.“ Die durch den Anwerbestopp beabsichtigte Wirkung einer Entlastung im Bereich der sozialen Infrastruktur und auf dem Arbeitsmarkt ist nicht eingetreten, weil die durch vorübergehende Rückwan-

⁹ Manuel Delgado: Die Gastarbeiter in der Presse. Opladen 1972.

¹⁰ Institut für Demoskopie Allensbach: Laut und sparsam - Wie die Deutschen die Gastarbeiter beurteilen, in: Allensbacher Berichte Nr. 1/1972. S. 4 f.

¹¹ Czarina Wilpert: Die Zukunft der zweiten Generation. Königstein/Ts. 1980; P.A. Albrecht/C. Pfeiffer: Die Kriminalisierung junger Ausländer. München 1979.

derung bedingten Entlastungseffekte durch einen verstärkten Andrang von jugendlichen Ausländern auf den Arbeitsmarkt aufgefangen wurden.¹²

Eine weitere Ursache für wachsende Fremdenfeindlichkeit liegt in dem seit 1975 zu beobachtenden Zustrom von Asylsuchenden. Da die Aufnahmemöglichkeiten vieler Gemeinden begrenzt sind, wurden zum Teil Sammellager errichtet, die aufgrund ihrer Ähnlichkeit mit anderen „Lagern“ der jüngeren Vergangenheit häufig Anstoß erregten.¹³ Die Forderung nach einer raschen politischen Lösung der Asylanten- und Gastarbeiterfrage, wie sie von rechten Bürgerinitiativen, „Aktionsgruppen“ und immer größeren Teilen der deutschen Bevölkerung erhoben wird, hat schließlich 1981 zu Gesetzesinitiativen geführt, die im wissenschaftlichen und politischen Bereich¹⁴ ebenso kontrovers diskutiert werden wie das zugrundeliegende Problem im Bereich der Gesamtgesellschaft.

Vor diesem Hintergrund einer politisch, rechtlich und gesellschaftlich weiterhin ungelösten Problemkonstellation erlangen die jüngsten Umfrageergebnisse über die Einstellung der Deutschen zu Ausländern einen besorgniserregenden Stellenwert. Nachdem zwischen 1978 und 1980 von verschiedenen Meinungsforschungsinstituten ein spürbarer Stimmungsumschwung diagnostiziert worden war, befaßte sich 1980 „Der Spiegel“ in zwei Titelgeschichten und mehr als einem Dutzend ausführlicher Berichte mit dem Gastarbeiter- und Asylantenproblem. Die ehemals liberalen Reaktionen der Mittelschichtleser auf die Ausländerthematik sind offen rassistischen Äußerungen gewichen, wie z.B.: „Hier haben die Allahbeter mit ihren Kopftuchmuftis nichts zu suchen“, oder: „Meine langjährige 'Stammtisch-Demoskopie', die einzig wahre Volksmeinung offenbart, hat eindeutig ergeben, daß es für alle 'andersartigen' Flüchtlinge besser wäre, in ihren Heimatländern von den eigenen Landsleuten erschlagen zu werden, als das gleiche Schicksal irgendwann bei dem nächsten nationalen 'Erwachen' Deutschlands erfahren zu müssen.“¹⁵

Kurze Zeit danach sind bei einem Bombenanschlag auf ein Ausländerwohnheim in Hamburg die ersten Todesopfer zu beklagen. Die Gefahren einer undifferenzierten Übernahme von vorurteilsgeladenen Stereotypen und ihr potentieller Umschlag in direkte Gewalttätigkeit sind offenkundig. Ein im

12 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): Nur vorübergehende Entlastung des Arbeitsmarktes durch Rückwanderung ausländischer Arbeitnehmer, in: DIW-Wochenbericht Nr. 13/1978, S. 125—131.

13 Claudius Hennig/Siegfried Wiessner (Hrsg.): Lager und menschliche Würde. Tübingen 1982.

14 Fritz Franz: Thesen zur Rechtsangleichung ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien, in: W. Röhrich (Hrsg.): Vom Gastarbeiter zum Bürger. Berlin 1982, S. 71—79; Dieter Mertens: Für ein Einwanderungsgesetz, in: liberal, H. 4/1982 sowie Jürgen Dittberner: 'Integration durch Identität' als Formel einer Ausländerpolitik für Türken, in: ebda.

15 Leserbriefe zu „Geschürter Fremdenhaß“, in „Der Spiegel“ H. 28/1980. Ob die Briefe die Gesamtresonanz repräsentieren, muß offen bleiben.

Auftrag des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung durchgeführte Umfrage ermittelte denn auch einen seit 1978 kontinuierlichen Rückgang der Aufnahmebereitschaft der Bundesbürger. Zwei Drittel aller Befragten sind im Dezember 1981 dagegen, daß „Gastarbeiter, die hier bleiben wollen, die Möglichkeit erhalten, für immer hier zu bleiben“ und dafür, daß sie „wieder in ihr Land zurückkehren.“¹⁶

Der skizzierte Stimmungswandel hängt zweifellos direkt mit der momentanen gesellschaftlichen Krise zusammen. Der gerade bei uns solange selbstverständliche ökonomische Wachstumsmechanismus hat nur selten scharfe Auseinandersetzungen um die Verteilung des gesellschaftlichen Mehrprodukts auftreten lassen. Man hat im großen und ganzen aus dem Vollen schöpfen können und aus diesem Grund auch nur wenig Verständnis für die mehr kämpferische Vorgehensweise der Gewerkschaften in Ländern wie England und Italien aufgebracht. Inzwischen aber haben die Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise auch die ehemalige „ruhige Insel im Meer“ Bundesrepublik Deutschland erreicht; wie zu erwarten war, gehen nun auch hier die Wellen hoch: starke Arbeitslosigkeit mit nicht konjunkturellen, sondern strukturellen Ursachen; Leistungsbilanzdefizite durch die hohen Energieimporte; Reallohneinbußen; dauerhafte Konjunkturschwäche u.a. durch eine restriktive Geld- und Zinspolitik der Deutschen Bundesbank; politische Systemschwächen unter dem Etikett „Unregierbarkeit“ etc. Wie immer bei umfassenden sozialökonomischen Krisen schlägt dies am ehesten beim sogenannten kleinen Mann durch: den sozial Schwachen trifft die negative Gesamtentwicklung am härtesten.

Um nun den Verantwortlichen dafür dingfest zu machen und zumindest psychologisch entlastet zu werden, greift man nur allzu bereitwillig auf Sündenböcke zurück. Angesichts der aktuellen weltgesellschaftlichen Veränderungen (Machtzuwachs der islamischen ölproduzierenden Staaten) bieten sich dafür die „Allahbeter“ als Verkörperungen eines expansionistischen Islams¹⁷ und insbesondere die hier lebenden Türken als Aggressionsobjekt an: sie sind von allen „Gastarbeitern“ in der Bundesrepublik am wenigsten gelitten.¹⁸ Daß Fremdenfeindlichkeit gerade bei den sozial Benachteiligten die eigene Integration in die Gesellschaft sicherstellen kann, erkannte schon Sigmund Freud, als er 1927 schrieb: „Nicht nur die bevorzugten Klassen, welche die Wohltaten dieser Kultur genießen, sondern auch die Unterdrückten können an ihr Anteil ha-

¹⁶ Zitiert nach „Der Spiegel“ vom 15. 3. 1982. S. 16.

¹⁷ Vgl. aktuell Bassam Tibi: Der Islam als vorindustrielle Kultur. München 1981.

¹⁸ Z. B. Befragung der Westberliner Bevölkerung („Der Spiegel“, H. 14/1981. S. 47): am wenigsten sympathisch fanden: Türken 41%. Italiener 8%, Spanier und Jugoslawen 6%. Griechen 3%.

ben, indem die Berechtigung, die Außenstehenden zu verachten, sie für die Beeinträchtigung in ihrem eigenen Kreis entschädigt"¹⁹. Daß diese Entschädigung für ökonomische und soziale Benachteiligung andererseits nur scheinhaft erfolgt, da sie die wahren Ursachen nicht benennt, sondern häufig wahnhaften Verzerrungen folgt, macht die Tragik auch für diejenigen aus, die von den Resentiments beherrscht werden.

Gegenmaßnahmen durch Politik, Medien und Erziehung

Bevor man sich Gedanken über die Mittel und Wege von Gegenmaßnahmen macht, muß man sich vergegenwärtigen, daß die fremdenfeindlichen und autoritären Tendenzen nicht nur in „ungebildeten“ und „fehlgeleiteten“ rechtsextremen Kreisen auftreten, sondern daß auch Wissenschaftler bei der pseudorationalen Absicherung mithelfen. So warnte kürzlich das „Heidelberger Manifest“ einer Gruppe von Hochschullehrern vor einer „Unterwanderung des deutschen Volkes“; auf ähnlichem wissenschaftlichen Niveau vertritt der Universitätshistoriker Helmut Diwald einen rabiaten rechtskonservativen Rationalismus, der H.U. Wehler zu dem Schluß veranlaßte: „Offenbar ist es jetzt möglich, sich jenseits der Grenze zum politischen Rechtsradikalismus wohlfühlen“²⁰. Angesichts der Spannweite des fremdenfeindlichen und deutschtümelnden Lagers ist es unbedingt notwendig, daß sich diejenigen, für die Menschenwürde und bürgerliche Freiheitsrechte nicht an die Nationalität gebunden sind, gegen das Schüren der Ausländerfeindlichkeit zur Wehr setzen.

Neben der konsequenten strafrechtlichen und ideologischen Bekämpfung rechtsextremistischer Tendenzen und Handlungen liegt vor allem im Verhalten von politischen und gesellschaftlichen Funktionsträgern ein wichtiges Einflußmoment zur Reduktion fremdenfeindlicher Einstellungen: „Der Abbau formal geregelter Diskriminierung (Gesetzgebung, Verwaltungsvorschriften) und das nachhaltige und aktive Eintreten für gleichberechtigte und nicht diskriminierende Beziehungen durch gesellschaftliche Repräsentanten, Gruppen und Organisationen, die über Durchsetzungsmacht verfügen, und mit denen sich die Akteure identifizieren, haben einen sehr viel größeren Einfluß auf das Verhalten der Akteure als alle Versuche, die individuellen Einstellungen zu verändern“²¹.

¹⁹ Sigmund Freud: Die Zukunft einer Illusion, in: ders.: Massenpsychologie und Ich-Analyse. Frankfurt/M. 1967. S. 93.

²⁰ H. U. Wehler: Geschichtswissenschaft heute, in: J. Habermas (Hrsg.): Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit“. Frankfurt/M. 1979. Bd. 2. S. 748.

²¹ Hartmut Esser u.a.: Arbeitsmigration und Integration. Sozialwissenschaftliche Grundlagen, Königstein/Ts. 1979. S. 108.

Eines der wichtigsten Ergebnisse der bereits zitierten Infas-Studie unterstreicht die Schwierigkeiten, die sich für im weitesten Sinn aufklärerische politische Bildung ergeben, sofern sie auf Vorurteile einwirken will: Lediglich 19% - vor allem jüngere und gebildete Bürger - wünschen mehr Informationen zur Ausländerproblematik. Man muß sich deshalb vergegenwärtigen, daß politisch relevante Vorurteile auf einer Vielzahl sozialer und psychischer Voraussetzungen beruhen. Sie werden besonders dann aktiviert, wenn individuelle oder allgemeine Unsicherheit z.B. in Krisenzeiten nach einer (Pseudo-)Orientierung verlangt. Vorurteile vermitteln ein verstärktes in-group-Gefühl, werden schon frühzeitig durch Eltern, Verwandte und Freunde übertragen und sind aufgrund ihrer Verkettung mit emotionalen Bedürfnissen und ihrer tiefen Verankerung in der Persönlichkeitsstruktur kurzfristig kaum zu beeinflussen. Auch die gesellschaftliche Umwelt hilft bei der Verstärkung der Vorurteilsneigung mit, indem sie nämlich kaum durchschaubare und deshalb angsterzeugende Strukturen und Organisationen hervorbringt, denen der einzelne schwach und wehrlos gegenübersteht. Zur Überwindung dieser Ich-Schwäche ist er geneigt, einfache Schemata zu konstruieren, die in Form wiederbelebter infantiler Weltbilder Gut und Böse kontrastieren und ihm selbst den Platz auf der „richtigen“ Seite zuweisen. In dieser Konstellation findet politische Bildung sowohl ihre Grenze wie ihre Aufgabe: ihre Grenze insofern, als an die Aufrechterhaltung von Vorurteilen Herrschaftsinteressen gebunden sind, ihre Aufgabe, weil sie durch Bereitstellen von Information und Erklärung zur individuellen Orientierung beitragen kann.

Von zentraler Bedeutung für diese Aufgabe sind die Massenmedien Presse, Rundfunk und Fernsehen sowie die kirchlichen, gewerkschaftlichen und staatlichen Bildungsinstitutionen. Daß die Presse mehrheitlich fremdenfeindliche Einstellungen befördert, hatte die Untersuchung von Delgado ergeben; grundsätzliche Zweifel an der informierenden und orientierenden Funktion der Presse hat jüngst Guha formuliert und als wichtige strukturelle Gründe den Doppelcharakter eines Zeitungsverlages als Industrie- und Dienstleistungsbetrieb und die Pressekonzentration genannt²². Besser ist die Situation teilweise bei Rundfunk und Fernsehen, obgleich hier die kaum aufzuhaltende Durchsetzung privater Programme parallele Entwicklungen wie im Pressesektor befürchten läßt. Bezüglich der Schulsituation fehlt es bislang an empirisch gesicherten Analysen, doch die wachsende Angst deutscher Eltern vor schulischer Benachteiligung ihrer Kinder durch „Überfremdung“ der Klassen dürfte nicht gerade toleranzfördernd sein²³. Dennoch liegt im Schulsektor noch die direkte

22 Anton-Andreas Guha: Die verlorene Orientierung: Presse in der modernen Industriegesellschaft, in: Vorgänge 50 (April 1981). S. 67-76.

23 Als Verständigungshilfe Jürgen Miksch: Zusammenleben mit Muslimen. Eine Handreichung. Frankfurt/M. 1980 (angeboten von der Berliner Landeszentrale für politische Bildung); außerdem aktuell die Broschüre „Extra 1“ der Bundeszentrale für politische Bildung. Postfach 2326. 53 Bonn 1 (kostenlos).

ste und langfristig wirksamste Einflußmöglichkeit zumindest bezüglich der Vermittlung von Wissen, um Apathie und Aggression fördernden Informationsmängeln und der dadurch mitbedingten Kontinuität von Vorurteilen zu begegnen. Dies darf nicht im Sinne einer „rationalistischen Aufklärungspädagogik“, sondern muß unter Einbeziehung des jugendlichen Lebenszusammenhangs geschehen: „Nur Selbstreflexion kann aufgrund des damit erhöhten Selbstverständnisses jene Persönlichkeitsaspekte beeinflussen, die Ursache dafür sind, daß sich Menschen an Vorurteile und Einstellungen klammern“²⁴.

²⁴ Gerhard Paul: Grenzen und Möglichkeiten politischer Bildung im Kampf gegen den jugendlichen Rechtsextremismus, in: ders./Bernhard Schöbig (Hrsg.): Jugend und Neofaschismus. Frankfurt/M. 1980 2. S. 207. Der ganze Band entwickelt überzeugende Argumente gegen eine ausschließlich „verkopfte“ politische Bildung.